

Reformarbeit während des Krieges.

Im Verlaufe des gegenwärtigen Feldzuges sind bei uns neben außerordentlich zahlreichen, den Krieg und die Kriegswirtschaft betreffenden Verordnungen auch Gesetzeswerke entstanden, die, nicht für den Augenblick berechnet, vorwiegend in der Zukunft ihre Wirkungen ausstrahlen sollen: sie hätten daher aus inneren Gründen, vom Standpunkte ihrer materiellen Notwendigkeit, sehr gut auch nach dem Kriege erlassen werden können. Es müssen sonach nur außenliegende, wichtige Umstände die Ursache dessen gewesen sein, daß schon jetzt bedeutungsvolle staats- und zivilrechtliche, steuerrechtliche und andere Gesetze ins Leben gerufen worden sind. Man wird nicht weit fehlgreifen, wenn man als Grund hierfür das Bestreben annimmt, in Zeiten unendlich gestärkter Staatsgewalt etwas zu schaffen, was später nur mit Ueberwindung vielfacher Widerstände und erst nach geraumer Zeit geleistet werden könnte. Dieser Grundsat mag in bezug auf legislative Arbeiten, die durch länger dauernde und eingehendere Kollektivberatungen nur gewinnen, ansehnlich sein; er ist aber durchaus einwandfrei in seiner Anwendung auf die **Verwaltung**. Mit anderen Worten: Die Zeit der Abwesenheit jeglicher sprachlicher, nationaler, parteipolitischer und anderer Hemmungen, die Zeit des „Burgfriedens“ könnte sehr gut dazu ausgenutzt werden, um die Verwaltung zu reformieren, um sie von jedem überflüssigen und doch so zahlreich vorhandenen Beiwerk zu befreien, um sie zu vereinfachen und zu verbilligen. Dies ist um so dringender erforderlich, als der staatlichen Verwaltung — wie dies auch kürzlich in einem bemerkenswerten Vortrag ein Vertreter der deutschen Wirtschaftswissenschaft in Wien ausgeführt hat — gleich mit Beginn des Friedens ungeheure, vielfach ganz neuartige Aufgaben harrten. Sie wird dem regulierten Verkehr die Fesseln abzustreifen, einer Armee von Arbeitern Arbeits Gelegenheit zu schaffen, die furchtbaren Schäden des Krieges zu heilen, die Finanzen des Staates zu regeln, ihm Mehreinnahmen in einer noch nicht da gewesenen Höhe zuzuführen. Kurzum dafür Sorge zu tragen haben, daß sich die Kriegswirtschaft langsam und reibungslos wieder in eine Friedenswirtschaft umgestalte, allerdings in eine durchaus geänderte, und die aus dem Kriege gewonnenen Erkenntnisse fruchtbringend anlegende Friedenswirtschaft. Werden des weiteren die für die Vorbereitung neuer Handelsverträge und eines neuen Ausgleiches mit Ungarn sich ergebenden umfassenden Vorarbeiten mitgezählt, so ergibt sich daraus eine gewaltige, nur mit Aufbietung aller Kraft und nur bei Vorhandensein eines geeigneten Apparates zu bewältigende Arbeitslast.

Diesen Apparat jetzt zu gestalten, ist auch aus vielen anderen als den bereits erwähnten Gründen eine mit nicht allzu großen Schwierigkeiten zu lösende Aufgabe.

Vor allem bedarf es dazu keines Studiums mehr, keiner Expertisen und Enquêtes, keiner Sammlung von Materialien. Alle diese Vorbedingungen sind, ganz abgesehen von gediegenen, in Hülle und Fülle vorhandenen Sonderarbeiten, dank der jahrelangen Tätigkeit der kaiserlichen Kommission für die Reform der Verwaltung, die sich mit den wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Ressorts eingehend befaßt hat, bereits reichlich gegeben. Man braucht nur zu einem Entschluß, bei denkbaren Alternativen zu einer Wahl zu kommen, zu einer — unbeeinflussten, nur von Nützlichkeitsertwägungen diktierten Wahl. Aber auch jenes Gebiet, mit dem sich die kaiserliche Kommission nicht zu befassen hatte, nämlich das der Verwaltung unserer Staatsbahnen, ist seit Jahrzehnten in jedem Winkel beleuchtet, die Frage der Neuordnung unter allen überhaupt nur möglichen Gesichtspunkten erörtert worden. Auch hier heißt es: nur dem Sachmann das Wort erteilen, lediglich sachliche Erwägungen aelten lassen.

Zu einer solchen, den Staatsnutzen, das Wohl der Gesamtheit über alles stellenden Auffassung ist gerade jetzt — und dies ist eine weitere, nicht gering zu veranschlagende Tatsache — die innere Disposition bei den Behörden und Ämtern vorhanden. Sie wissen es selbst am besten, daß es so, wie es vor dem Kriege gegangen ist, nicht weiter gehen kann. Selbst einschneidende Reformen, die früher oft an der Macht alter Gewöhnung, an dem zumindest passiven Widerstreben vieler gescheitert sind, werden jetzt, falls man sie als nützlich erkennt, mit Freuden aufgenommen und die neuen Vorschriften nach Buchstaben und Geist eifrig befolgt werden.

Nicht bloß aus idealen Motiven. Die staatliche Beamtenschaft ist durch die herrschende Teuerung, die nur sehr langsam abbröckeln dürfte, in eine schwierige Lage geraten. Die Staatsbeamten sind sich aber wohl bewußt, daß eine wesentliche Besserung ihrer Lage nur durch eine Verminderung ihrer über großen Zahl oder wenigstens durch ein Aufhören des beängstigenden Wachstums des staatlichen Beamtensheers erzielt werden kann. Jedes hierauf gerichtete redliche Streben wird daher, schon aus eigenem Interesse, ihre volle Unterstützung finden.

Ist mithin jetzt für die staatliche Verwaltung die denkbar günstigste Konstellation vorhanden, sich durch Bestellung des eigenen Hauses für die glatte Durchführung der nach dem Kriege zu gewärtigenden Fülle von Arbeiten zu rüsten, so ist hierzu bereits auch die höchste Zeit herangerückt. Denn die Kenner Oesterreichs, der österreichischen Verhältnisse und des österreichischen Naturells sind sich darüber vollständig klar: Was nicht unter dem unmittelbaren Ein-

druck des großen Krieges, unter der Wucht der vielen Lehren, die er uns erteilt hat, geschehen wird, das wird überhaupt nicht geschehen. Die Dauer unserer Provisorien ist allgemein bekannt, und aufgeschoben heißt im Leben unserer staatlichen Verwaltungsorganismen — endgültig aufgehoben. Unsere heimische Volkswirtschaft steht aber nicht nur vor neuen Lasten, sondern auch vor neuen, aus dem noch lange nachwirkenden Saß unserer jetzigen Feinde sich ergebenden Schwierigkeiten. Sie wird, wenn sie bestehen und sich gedeihlich entwickeln soll, mit aller Macht gestützt und gefördert, nicht aber mit dem Bleigewicht einer unzulänglichen Behördenorganisation belastet werden dürfen. Unsere staatliche Maschinerie ist — dies wurde von allen Regierungen der letzten Jahre freimütig zugegeben — in vielen Teilen veraltet, kostspielig und langwierig im Betriebe. Der Uebergang vom Krieg zum Frieden ist just die richtige Zeit, sie gründlich auszubessern, gerade so wie die Standortänderung einer industriellen oder gewerblichen Anlage die beste Gelegenheit ist, um schadhafte Maschinen und Maschinenteile durch neue zu ersetzen.